

5

Datenschutz

Die Stadtwerke Remscheid GmbH verwendet Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung dieses Vertrages gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DSGVO. Nähere Informationen erhalten Sie unter www.stadtwerke-remscheid.de/datenschutz oder im Kundencenter. Der Fahrausweiskontrolldienst im Geltungsbereich des VRS-Tarifs erhält nur für die Fahrausweisprüfung relevante Daten. Sonstige, nicht vertragsbezogene Weitergaben an Dritte erfolgen ausschließlich unter Beachtung der DSGVO und des Bundesdatenschutzgesetzes.

- Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten (Punkte 1–4) für aktuelle Informationen und Eigenwerbung verwendet werden.
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten (Punkte 1–4) für die Markt- und Meinungsforschung zur Erfüllung eigener Zwecke verwendet werden.

Sie können mich dazu folgendermaßen kontaktieren (zusätzlich zum Postweg): Telefon SMS E-Mail
 Ihre Zustimmung können Sie jederzeit widerrufen.

6

Anerkennung des VRS-Gemeinschaftstarifs

Den VRS-Gemeinschaftstarif habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne ihn in der jeweiligen gültigen Fassung mit meiner Unterschrift an.

 Datum

X

 Unterschrift Vertragspartner (bei Minderjährigen der Erziehungsberechtigte/gesetzliche Vertreter)

7

Vertragsunterzeichnung

Hiermit bestelle ich verbindlich das unter Punkt 1 genannte Ticket bzw. Kundenkarte.

 Datum

X

 Unterschrift Vertragspartner (bei Minderjährigen der Erziehungsberechtigte/gesetzliche Vertreter)

8

SEPA-Lastschriftmandat (für wiederkehrende Zahlungen) – Mandatsreferenz wird später mitgeteilt

Ich ermächtige die Stadtwerke Remscheid GmbH (Alleestr. 72, 42853 Remscheid, Deutschland) – Gläubiger-Identifikationsnummer: DE16SR00000087854 – Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschriftverfahren einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Stadtwerke Remscheid GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

weiblich männlich divers

Geburtsdatum* _____
 Tag Monat Jahr

Bitte beachten: ä, ö, ü, ß = ein Buchstabe

Familienname _____

Vorname _____

c/o (wohnt bei) _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Land _____

E-Mail* _____

Kreditinstitut (Name) _____

BIC _____
 (8 oder 11 Stellen)

IBAN _____
 (Deutschland 22 Stellen, sonst bis 34 Stellen)

 Datum

X

 Unterschrift Kontoinhaber (bei Minderjährigen der Erziehungsberechtigte/gesetzliche Vertreter)

9

Verpflichtungserklärung Kontoinhaber / Vorankündigung Lastschrift

(erforderlich, wenn Vertragspartner und Kontoinhaber nicht identisch sind)

Ich verpflichte mich gegenüber der Stadtwerke Remscheid GmbH, für alle Forderungen aus diesem Abonnementvertrag neben dem Vertragspartner zu haften. Dies gilt für alle Forderungen, die bis zum Widerruf meines Lastschriftmandats entstehen. Des Weiteren erkenne ich die im VRS-Gemeinschaftstarif enthaltenen Regelungen zu Vorankündigungen der SEPA-Lastschriften an und bestätige dies mit meiner Unterschrift.

 Datum

X

 Unterschrift Kontoinhaber (bei Minderjährigen der Erziehungsberechtigte/gesetzliche Vertreter)

10

Bescheinigung für Fahrten im Ausbildungsverkehr

Bestätigung der Anspruchsberechtigung durch die Schule/Ausbildungsstätte bzw. den Träger des sozialen Dienstes (nicht erforderlich für schulpflichtige Personen bis einschließlich 14 Jahre)

Von der Schule Von der Ausbildungsstätte Vom Träger des sozialen Dienstes

wird bestätigt, dass für den oben genannten Ticketnutzer die Voraussetzungen für den Erwerb von Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr entsprechend den allgemeinen Vorschriften des Aufgabensträgers nach § 11a des ÖPNVG NRW erfüllt sind. Die zutreffende Berechtigung ist gemäß dem unten abgedruckten Auszug aus dem VRS-Gemeinschaftstarif anzukreuzen:

2a 2b 2c 2d 2e 2f 2g 2h*** 2i

*** Bitte AFBG-Bescheid in Kopie beifügen.

Die Anspruchsberechtigung endet zum:

 Tag Monat Jahr

 Stempel, Unterschrift Schule/Ausbildungsstätte/Träger des sozialen Dienstes

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Hinweise zu den Ausbildungstarifen gemäß der Tarifbestimmungen:

- Zur Nutzung von ZeitTickets im Ausbildungsverkehr sind je nach Einzelbestimmung des Tickets (s. 7.2.3.3 bis 7.2.3.10 der Tarifbestimmungen) berechtigt:
 - schulpflichtige Personen bis einschließlich 14 Jahre;
 - nichtschulpflichtige Personen ab 15 Jahre
- SchülerInnen und Studierende öffentlicher, staatlich genehmigter oder staatlich anerkannter privater
 - allgemeinbildender Schulen,
 - berufsbildender Schulen,
 - Einrichtungen des zweiten Bildungsweges,
 - Hochschulen, Akademien (mit Ausnahme der Verwaltungsakademien, Volkshochschulen, Landvolkshochschulen);
- Personen, die private Schulen oder sonstige Bildungseinrichtungen, die nicht unter Buchstabe a fallen, besu-

- Personen, die in einem Berufsausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder in einem anderen Vertragsverhältnis im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes stehen, sowie Personen, die in einer Einrichtung außerhalb der betrieblichen Berufsausbildung im Sinne des § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes, § 36 Abs. 2 der Handwerksordnung, ausgebildet werden;
- Personen, die einen staatlich anerkannten Berufsvorbereitungslehrgang besuchen;
- PraktikantInnen und VolontärInnen, sofern die Ableistung eines Praktikums oder Volontariats vor, während oder im Anschluss an eine staatlich geregelte Ausbildung oder ein Studium an einer Hochschule nach den für Ausbildung und Studium geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
- BeamtenanwärterInnen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes sowie PraktikantInnen und Personen, die durch Besuch eines Verwaltungslehrgangs die Qualifikation für die Zulassung als Beamtenanwärter des einfachen oder mittleren Dienstes bzw. der Laufbahngruppe 1 erst erwerben müssen, sofern sie keinen Fahrtkostensersatz von der Verwaltung erhalten;
- Personen, die für eine Weiterbildungsmaßnahme Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsför-

- Personen, die einen staatlich anerkannten Berufsvorbereitungslehrgang besuchen;
- PraktikantInnen und VolontärInnen, sofern die Ableistung eines Praktikums oder Volontariats vor, während oder im Anschluss an eine staatlich geregelte Ausbildung oder ein Studium an einer Hochschule nach den für Ausbildung und Studium geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
- BeamtenanwärterInnen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes sowie PraktikantInnen und Personen, die durch Besuch eines Verwaltungslehrgangs die Qualifikation für die Zulassung als Beamtenanwärter des einfachen oder mittleren Dienstes bzw. der Laufbahngruppe 1 erst erwerben müssen, sofern sie keinen Fahrtkostensersatz von der Verwaltung erhalten;
- Personen, die für eine Weiterbildungsmaßnahme Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsför-

- Personen, die einen staatlich anerkannten Berufsvorbereitungslehrgang besuchen;
 - PraktikantInnen und VolontärInnen, sofern die Ableistung eines Praktikums oder Volontariats vor, während oder im Anschluss an eine staatlich geregelte Ausbildung oder ein Studium an einer Hochschule nach den für Ausbildung und Studium geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
 - BeamtenanwärterInnen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes sowie PraktikantInnen und Personen, die durch Besuch eines Verwaltungslehrgangs die Qualifikation für die Zulassung als Beamtenanwärter des einfachen oder mittleren Dienstes bzw. der Laufbahngruppe 1 erst erwerben müssen, sofern sie keinen Fahrtkostensersatz von der Verwaltung erhalten;
 - Personen, die für eine Weiterbildungsmaßnahme Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsför-
- derungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 2016 (BGBl. I S. 1450), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, erhalten;
- TeilnehmerInnen an einem freiwilligen sozialen Jahr oder vergleichbaren sozialen Diensten.
 - Die Berechtigung zum Erwerb von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs hat sich der Verkehrsunternehmer vom Auszubildenden nachweisen zu lassen. In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe a bis h geschieht dies durch Vorlage einer Bescheinigung der Ausbildungsstätte oder des Auszubildenden, in Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe i durch Vorlage einer Bescheinigung des Trägers der jeweiligen sozialen Dienste. In der Bescheinigung ist zu bestätigen, dass die Voraussetzung des Absatzes 1 Nr. 2 gegeben ist. Die Bescheinigung gilt längstens ein Jahr.

* Angaben freiwillig